

Anfrage der LAbg. KO Ing. Christof Bitschi, LAbg. KO-Stv. Manuela Auer und LAbg. KO Dr Sabine Scheffknecht PhD

Herrn Landeshauptmann
Mag. Markus Wallner
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 4. April 2022

Anfrage: Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dem ÖVP-Parteispendenskandal?

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Der Verdacht eines riesigen Parteispenden-Skandals der ÖVP Vorarlberg belastet das politische und gesellschaftliche Klima in Vorarlberg massiv. Mittlerweile nimmt dieser Skandal Ausmaße an, wie wir es im demokratischen Vorarlberg wohl noch nie erleben mussten. Erschwerend kommt die Art und Weise dazu, wie die Volkspartei als stärkste Landtagsfraktion und Regierungspartei mit den Anschuldigungen umgeht: Die zentralen Fragen werden nicht beantwortet, ein Wille zu Transparenz und Aufklärung ist nicht zu erkennen und das, was nicht mehr ignoriert werden kann, wird kleingeredet.

Offenbar sind sich die handelnden Personen ihrer Verantwortung nicht bewusst, denn das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist österreichweit bereits auf historischem Tiefpunkt. Die Gründe dafür sind laut Demoskop:innen das Pandemiemanagement der Bundesregierung sowie die ÖVP-Inseratenaffäre auf Bundesebene.¹ Dass Vorarlberg nun Schauplatz einer eigenen ÖVP-Inseratenaffäre ist, die österreichweit für Entrüstung sorgt, richtet Schaden für unser Land an und schwächt das Vertrauen noch weiter.

Das alles widerspricht dem gemeinsamen Ziel, das sich alle Landtagsfraktionen vor wenigen Wochen mit dem Beschluss gesetzt haben, mit einem novellierten Vorarlberger Parteienförderungsgesetz Transparenz und klare rote Linien zur Vermeidung überbordender Wahlkampfkosten zu schaffen.

¹ <https://orf.at/stories/3240126/>, zuletzt besucht am 1.4.2022.

Aus unserer Sicht müssen angesichts der erschreckenden Konstrukte, mittels derer mutmaßliches Steuergeld zweckentfremdet in Parteikassen gespült werden könnte, klare Konsequenzen gezogen werden.

Vor diesem Hintergrund erlauben wir uns, gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages nachstehende

A n f r a g e

an Sie zu richten:

1. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus den unglaublichen Vorgängen, die in der medialen Öffentlichkeit als „Parteispenden-Skandal der ÖVP Vorarlberg“ bezeichnet werden?
2. Welche politischen und rechtlichen Konsequenzen bzw. Handlungen sollten Ihrer Meinung nach aus ihren Schlussfolgerungen erfolgen bzw. welche Konsequenzen werden Sie selbst ziehen?
3. War Ihnen bei Beschlussfassung zur Novellierung des Vorarlberger Parteienförderungsgesetzes bereits bekannt, dass eine Prüfung beim Vorarlberger Wirtschaftsbund durch das Finanzamt ansteht?
Falls ja:
 - a. War Ihnen zu diesem Zeitpunkt auch bekannt, dass eine Selbstanzeige im Raum steht?
 - b. Hat diese (bevorstehende oder bereits begonnene) Prüfung dazu beigetragen, dass der Beschluss zur Novellierung des Gesetzes noch rechtzeitig vor dem Bekanntwerden der Prüfung gefasst wird?
4. Sehen Sie angesichts der vorgeworfenen Methoden eine Notwendigkeit, die geplante Novellierung des Vorarlberger Parteienförderungsgesetzes nachzuschärfen? Wenn ja, in welcher Hinsicht? Wenn nein, warum nicht?
5. Die Landesrechnungshofdirektorin spricht sich angesichts dieses Falls für mehr Transparenz gemäß normalen Voraussetzungen jeder Gebarungskontrolle aus, damit Geldflüsse nachvollziehbar sind. Werden Sie sich dafür einsetzen, diese Forderung in die Novellierung des Parteienförderungsgesetzes einfließen zu lassen? Wenn nein, warum nicht?
6. Werden Sie darüber hinaus mehr Mittel für eine bessere personelle Ausstattung des Landesrechnungshofes bereitstellen? Wenn nein, warum nicht?
7. In der Anfrage 29.01.233 haben Sie zugegeben, dass insgesamt EUR 9.000,00 an öffentlichen Geldern von Seiten des Landes in der Zeitung „Vorarlberger Wirtschaft“ des Vorarlberger Wirtschaftsbundes im Jahr 2018 und 2020 inseriert wurden. Wie können Sie ausschließen, dass es sich hierbei nicht um die jetzt in den Medien kolportierte illegale Parteienfinanzierung gehandelt hat?
8. Wieso haben Sie in der Anfrage 29.01.214 noch von EUR 3.000,00 an öffentlichen Geldern von Seiten des Landes, in der Anfragebeantwortung

- 29.01.233 dann aber von einem dreimal so hohen Betrag, gesprochen. Wie erklären Sie diese Diskrepanz in den Beiträgen?
9. Wie können Sie ausschließen, dass diese besagten EUR 9.000,00 aus Mitteln des Landes oder ein Teil dieses Betrages nicht an die Vorarlberger Volkspartei oder privat an den Direktor des Wirtschaftsbundes Jürgen Kessler zurück- bzw. weitergeflossen sind?
 10. Wie viele Inserate wurden vom Amt der Vorarlberger Landesregierung seit Bestehen der Zeitschrift des Vorarlberger Wirtschaftsbundes „Vorarlberger Wirtschaft“ inseriert? Bitte um Übermittlung einer vollständigen Liste.
 11. Wie können Sie ausschließen, dass es noch weitere Inserate in Publikationen von Vorfeldorganisationen der Vorarlberger Volkspartei gab (Vorarlberger Wirtschaftsbund, Vorarlberger Bauernbund, Vorarlberger Frauenbund, ÖAAB Vorarlberg, Seniorenbund Junge Volkspartei Vorarlberg)?
 12. Wurde eine interne Revision in der Landespressestelle Vorarlberg gestartet, um herauszufinden, ob es noch mehr Inserate von Abteilungen des Landes Vorarlberg in Publikationen von Vorfeldorganisationen der Vorarlberger Volkspartei gab? Wenn nein, warum nicht?
 13. Ist es in Zukunft geplant, dass Inserate des Landes Vorarlberg in der Regierungssitzung besprochen und gemeinsam abgestimmt werden? Wenn nein, warum nicht?
 14. Laut Geschäftsverteilung der Vorarlberger Landesregierung sind Sie als Landeshauptmann für die Abteilung Personal PrsP zuständig. Gab es Meldungen an Sie, dass Mitarbeiter des Amtes der Vorarlberger Landesregierung von Seiten des Wirtschaftsbundes Vorarlberg oder Mitgliedern der Vorarlberger Volkspartei unter Druck gesetzt wurden, um Inserate in Publikationen von Vorfeldorganisationen der Vorarlberger Volkspartei zu schalten?

LAbg. KO-Stv. Manuela Auer

LAbg. KO Ing. Christof Bitschi

LAbg. KO Dr Sabine Scheffknecht PhD